

Genozid“ und speziell gegen die Gefangenhaltung des 11jährigen Panschen-Lama seit 1995. Der Panschen-Lama ist nach dem Dalai-Lama der höchste geistliche Würdenträger der tibetischen Buddhisten. In einem Flugblatt der Buddhisten wurde zu einer friedlichen Protestdemonstration vom 25. bis 27. April vor der chinesischen Botschaft aufgefordert, um die Befreiung des „jüngsten Polithäftlings auf der Welt“, des Panschen-Lama, zu erreichen.

Offensichtlich hat die Regierung Rußlands sich diesem Protest nicht angeschlossen; jedenfalls fand sich kein Hinweis darauf in den Medien. Die russische Regierung, die ihre Beziehungen zur Volksrepublik China in den letzten Jahren „normalisiert“ hat, wollte wohl jede Störung vermeiden. Die Beziehungen zur Volksrepublik sind u. a. deshalb besonders schwierig, weil diese in großem Umfang Waffen aus Rußland einkauft.

Paul Roth

Unsichere Allianzen

Neue Regierung und alte Probleme in Tschechien

Vor 30 Jahren beendeten Truppen des Warschauer Paktes gewaltsam den „Prager Frühling“. Heute ist Tschechien ein demokratisches Gemeinwesen; regiert wird es seit den Parlamentswahlen im Juni von einem sozialdemokratischen Minderheitskabinett. Die katholische Kirche des Landes hat mit der traditionell kirchenfeindlichen Stimmung ebenso zu kämpfen wie mit inneren Spannungen.

Václav Havel und Kardinal Miloslav Vlk teilen eine gemeinsame Erfahrung der letzten Monate: Die tschechische Innenpolitik ist so gar nicht nach ihrem Wunsch verlaufen. In Prag sitzt erstmals eine sozialdemokratische Regierung im Sattel, als Minderheitskabinett, das von der stärksten Oppositionspartei, der konservativ-liberalen Demokratischen Bürgerpartei (ODS), geduldet wird. Angesichts der starken Mehrheit, über die die beiden Parteien im Parlament verfügen, muß Havel eine Schwächung seiner Position als Staatspräsident fürchten. Die Kirche sieht für die nächste Zeit gerade jene Kräfte am Ruder, die sich ihren Vorstellungen nach einer engeren Zusammenarbeit zwischen Kirchen und Staat schon bisher stark widersetzt haben.

Daß zwei große moralische Kräfte des Widerstands gegen das kommunistische Regime und der Wende von 1989 fürs erste von den Pragmatikern der Macht in den Hintergrund gedrängt werden, mag als Indiz für einen raschen gesellschaftlichen Wandel in Böhmen und Mähren gewertet werden. Wie lange sich diese Minderheitsregierung halten und was sie tatsächlich bewegen kann, ist allerdings noch schwer abzusehen. Vor den vorgezogenen Parlamentswahlen vom 19. und 20. Juni hat kaum jemand mit dieser Machtkonstellation gerechnet, nun erwartet kaum jemand ruhige innenpolitische Zeiten in Tschechien.

Ein „Vertrag über politische Stabilität“

Auslöser für die vorgezogenen Neuwahlen war ein Parteispenskandal gewesen, über den die regierende ODS im Vorjahr strauchelte und die schließlich Ministerpräsident Václav Klaus Ende 1997 zum Rücktritt zwang. Im Jänner

dieses Jahres beauftragte Präsident Havel den Präsidenten der Nationalbank, den parteilosen Josef Tosovsky, mit der Leitung einer Übergangsregierung. Das interimistische Kabinett bereitete die Neuwahlen vor und verwaltete das Land, ohne naturgemäß große politische Weichenstellungen treffen zu können. Die innenpolitische Aufmerksamkeit richtete sich in dieser Zeit auf den hart geführten Wahlkampf.

Der Urnengang brachte zumindest eine positive Überraschung: Die rechtsextremen Republikaner scheiterten an der Fünf-Prozent-Hürde und flogen aus dem Parlament, ebenso scheiterte die populistische Rentnerpartei. Wahlsieger wurden die Sozialdemokraten (ČSSD) unter Miloš Zeman, sie überholten mit 32,2 Prozent die ODS, die es auf 27,7 Prozent brachte. Die Kommunistische Partei (KSČM) legte mit 11 Prozent gegenüber den Wahlen von 1996 leicht zu, ebenso die Christdemokraten (KDU-ČSL) mit 9 Prozent. Die erstmals antretende Freiheitsunion (US) kam auf 8,6 Prozent.

Rein rechnerisch wäre eine Wiederauflage der alten konservativen Regierung möglich gewesen. ODS, Christdemokraten und Freiheitsunion (sie wäre an die Stelle der früheren Bürgerallianz ODA getreten) hätten 102 der 200 Parlamentssitze erreicht. Dem standen mindestens zwei Hindernisse entgegen: der Wahlsieg der ČSSD und die Festlegung des Vorsitzenden der KDU-CSL, Josef Lux, der im Wahlkampf erklärt hatte: „Mit Klaus nie mehr“.

Die langjährigen heftigen Rivalen Klaus und Zeman wurden ohne Havel, genauer gesagt gegen dessen ausdrücklichen Willen handelseins. In einem „Vertrag über langfristige politische Stabilität“ legten sie fest, wie und unter welchen Bedingungen die ODS die ČSSD-Minderheitsregierung dulden will. Die ODS verpflichtet sich darin, während der gesamten vierjährigen Legislaturperiode keine Vertrauensabstimmun-

gen gegen die Regierung oder einzelne Minister zu stellen oder zu unterstützen. Allerdings ist die ODS nicht verpflichtet, die Gesetzesvorlagen des sozialdemokratischen Kabinetts zu unterstützen. So verließen bei der Vertrauensabstimmung über die neue Regierung am 19. August die ODS-Abgeordneten im entscheidenden Moment den Saal, um den Sozialdemokraten eine Mehrheit zu ermöglichen.

Die Bürgerpartei erhält im Gegenzug einige wichtige Ämter. Klaus wurde zum Vorsitzenden im Unterhaus des Parlaments gekürt (den Posten bekleidete bis dahin Zeman), weiter wird der ODS der Vorsitz im Senat sowie im parlamentarischen Budget- und Geheimdienstkontrollausschuß zufallen. Auch das Amt des Vorsitzenden der staatlichen Obersten Kontrollbehörde wird der Klaus-Partei zugeschanzt. Die ČSSD verpflichtet sich zudem, keine andere Partei in die Regierung einzuladen. Die Sozialdemokraten und die Bürgerpartei wollen diese Art der Zusammenarbeit auch nach dem Jahr 2002 fortsetzen – falls sie sich bewährt.

Eine sanfte Wende nach links

Die Sozialdemokratische Partei Tschechiens ist nach der Wende nicht – wie in anderen Ländern – von Ex-Kommunisten gegründet worden, sondern knüpft an die Tradition der Demokratischen Partei der Zwischenkriegszeit an. Anfang der 90er Jahre vegetierte sie in politischer Bedeutungslosigkeit. Seit Miloš Zeman 1993 den Parteivorsitz übernahm, scheute der heute 53jährige weder Mühen noch Kosten, einst Ministerpräsident zu werden.

Während des Prager Frühlings 1968 war Zeman als junger Mann Mitglied der Kommunistischen Partei geworden, doch nach zwei Jahren wurde er als „Revisionist“ aus der Partei ausgeschlossen. 1989 trug er als Mitglied des „Bürgerforums“ zum Sturz des KP-Regimes bei. Seinen politischen Rivalen Klaus hatte der Wirtschaftswissenschaftler noch als Kollegen am Prognostischen Institut der Tschechoslowakischen Akademie der Wissenschaften kennengelernt.

Um aus dem Schatten des überragenden Václav Klaus herauszutreten und öffentliche Aufmerksamkeit auf sich zu lenken, war der beinahe zwei Meter große und rundliche Politiker mit der tiefen Stimme in den vergangenen Jahren nie um flotte und populistische Sprüche verlegen. An der Regierung Klaus ließ er kein gutes Haar. Am Ziel seiner politischen Träume ist Zeman dennoch auf seinen langjährigen Duz-Freund und nunmehrigen Erzrivalen angewiesen. Auch Klaus war für das Abkommen mit der ČSSD über seinen Schatten gesprungen, hatte er doch noch wenige Wochen vor der Wahl erklärt, er würde mit Zeman nur „in äußersten Notfällen wie Krieg oder Erdbeben“ einen Pakt eingehen.

In der jetzigen Konstellation scheinen die beiden in der Teilung der Macht aber die weitaus größeren Vorteile zu sehen. So wurden Überlegungen zur Einführung eines Mehrheitswahlrechts laut, das – ähnlich wie beispielsweise in den USA

– letztlich für die Kleinparteien den Tod und die Schaffung zweier großer Machtblöcke bedeuten würde. Mit ihren zusammen 137 Sitzen haben ČSSD und ODS im Parlament die dafür nötige Dreifünftel-Mehrheit für Verfassungsänderungen.

Das machtpolitische Nachsehen hat fürs erste der – gesundheitlich stark angeschlagene – Staatspräsident. Sein bisher einigermaßen gedeihliches Verhältnis zu den Sozialdemokraten verdüsterte sich. Havel zweifelte zunächst an, daß der Vertrag zwischen ČSSD und ODS verfassungskonform sei. Als sich diese Bedenken als wenig haltbar erwiesen, mußte Havel zähneknirschend Zeman den Auftrag zur Regierungsbildung erteilen. Auch mit seinen Vorbehalten gegen zwei von Zeman nominierte Minister kam das Staatsoberhaupt nicht durch. Außenminister *Jan Kavan* und Innenminister *Václav Grulich* widerlegten mit offiziellen Papieren den Vorwurf, während der kommunistischen Zeit Kontakte mit dem Geheimdienst der ČSSR beziehungsweise der Sowjetunion gepflogen zu haben.

Das Verhältnis Havels zur ODS war nie herzlich. Grotesker Höhepunkt der Auseinandersetzungen war aber, als Havel in einem TV-Interview erklärte, die ODS plane seinen Sturz. Die Partei attestierte dem Präsidenten „Verfolgungswahn“. Als wahrer Kern der heftig brodelnden sommerlichen Gerüchteküche entpuppte sich, daß man – so der ODS-Abgeordnete *Milan Kondr* – in den Couloirs des Parlaments über eine Amtsenthebung Havels „gewitzelt“ habe.

Ernsthafter dürften dem Präsidenten Überlegungen der neuen Regierung und ihres Steigbügelhalters zusetzen, die ohnehin nicht üppigen Machtbefugnisse des Präsidenten einzuschränken. Eines mag Havel trösten: Seine nunmehr zweite Amtszeit läuft noch vier Jahre, sogar einige Monate länger als die eben begonnene Legislaturperiode, und die Konstellationen können sich rasch wieder ändern. Wenn Zeman stolpert, dann wahrscheinlich weniger über sachpolitische Differenzen als über seinen Hang zu populistischen Sprüchen – wie an seinen Aussagen zur Sudetendeutschen-Frage und den damit ausgelösten Wogen bereits abzulesen war.

Die Wende nach links unter der neuen Regierung wird den bisherigen Anzeichen zufolge sanft ausfallen. Viel Spielraum bleibt dem neuen Premier nicht, auch wegen des angestrebten EU-Beitritts Tschechiens. Bei seinem Amtsantritt am 22. Juli gab Zeman als eines der Hauptziele seiner neuen Regierung die Belebung des Wirtschaftswachstums an, das im vergangenen Jahr stagniert hatte. Sein Land habe schwere Zeiten vor sich, der Lebensstandard sinke und die Arbeitslosigkeit steige. Ziel seien Verhältnisse, in denen Reichtum durch ehrliche Arbeit und nicht durch Korruption erwirtschaftet werden.

Der für Wirtschaftsfragen zuständige Vizepremier *Pavel Mertlik* schloß nicht aus, daß das Staatsbudget 1999 erstmals seit der Wende mit einem Defizit veranschlagt wird, allerdings nicht höher als drei Prozent – in Anlehnung an die Maastricht-Kriterien der EU. Es sollen laut Mertlik die Ausgaben für das Schulwesen und die Forschung deutlich erhöht

werden, um die Konkurrenzfähigkeit der tschechischen Wirtschaft zu stärken.

Getäuscht fühlen dürften sich mit dem Prager Machtpoker nicht wenige Wähler. Laut einer Meinungsumfrage stieg die Zahl jener, die davon überzeugt sind, daß das kommunistische Regime vor 1989 besser war als die heutige demokratische Regierung, innerhalb eines Jahres von 28 auf 35 Prozent. Weitere 17 Prozent sahen zumindest keine Verbesserung. Erschreckend an diesen Zahlen ist nicht die irrige Nostalgie, die sie widerspiegeln, sondern die darin deutlich werdende Abgehobenheit der Politik vom Volk. Die Zahlen müßten zu denken geben in einem Jahr, das zwei traurige Jubiläen bot: die kommunistische Machtergreifung vor 50 Jahren (25. Februar) und der Einmarsch der Truppen des Warschauer Paktes vor 30 Jahren (20. August) zur Niederschlagung des „Prager Frühlings“.

Politisch verspekuliert hat sich in den vergangenen Monaten vorerst auch der Vorsitzende der Tschechischen Bischofskonferenz und Erzbischof von Prag, Kardinal Miloslav Vlk. Als der katholische Primas Ende 1997 Václav Klaus am Ende seines politischen Erfolgskurses sah, rechnete er öffentlich mit ihm ab. Dabei ging es Vlk nicht nur um erneute Kritik an den von Klaus immer wieder verschleppten Verhandlungen über eine Normalisierung des Verhältnisses des Staates zu den Kirchen. Vlk zeigte sich offen erleichtert vom Abtritt des Premiers. Er wolle die Verdienst von Klaus für die Entwicklung des Landes nach dem Fall des Kommunismus nicht schmälern, aber der von ihm vertretene „nackte Pragmatismus und Ökonomismus“ sei „ein schwerer Fehler“ gewesen, erklärte der Kardinal unumwunden.

Klaus habe „keinen Sinn für geistige Werte“ gezeigt, die für die Entwicklung der tschechischen Gesellschaft nach 40 Jahren Kommunismus dringend notwendig seien. Statt dessen habe er in den Menschen unrealistische Hoffnungen auf einen schnellen materiellen Wiederaufbau geweckt. Dabei seien andere Grundwerte vergessen worden. Die internen Probleme der ODS hätten gezeigt, daß die Regierungsführung von Klaus einer weiteren Entwicklung des Landes hinderlich wären. Auch international habe der Premier schrittweise an Kredit verloren, so Vlk, der offenbar nicht mit dem politischen Wiedererstarken des ODS-Vorsitzenden gerechnet hatte.

Kirchenfeindliche Stimmung in Medien und Politik

So berechtigt die Klagen des Kardinals sein mochten, die Zeiten dürften für die Kirchen schwerer anstatt leichter werden. In der Regierung Klaus hatten die Christdemokraten als kleiner Koalitionspartner die Anliegen der Kirchen eingebracht. Mit der Interimsregierung konnten die Kirchen noch einen *Vertrag über Militär-, Polizei- und Gefangenenseelsorge* unter Dach und Fach bringen. Was nicht nur Vlk, sondern auch viele politische Beobachter erwartet hatten, daß nämlich die Christdemokraten bei der Regierungsbil-

dung wieder ein entscheidendes Zünglein an der Waage spielen würden, trat nicht ein.

Unter den Sozialdemokraten sind wenige Verfechter kirchlicher Interessen zu finden. Zeman kündigte als designierter Ministerpräsident zunächst an, die Rückgabe beschlagnahmten Kircheneigentums stoppen zu wollen, signalisierte später aber Verhandlungsbereitschaft. Der zuständige Kulturminister *Pavel Dostal* beteuerte, er betrachte die Kirchen als wichtiges Element der Gesellschaft, und er kündigte baldige Gespräche mit deren Verantwortlichen an.

Die zwischen katholischer Kirche und früherer Regierung vereinbarte Rückgabe von rund 700 von 3000 zurückverlangten Objekten will Dostal allerdings nicht per Behördenverfügung erzwingen. Er besteht auf einem im Parlament zu verabschiedenden Rückgabegesetz – in einem Parlament, in dem Klaus alles mitbestimmen kann. Auch mehrere andere Regierungsmitglieder lehnen eine Rückgabe deutlich ab. Die populistische Ader Zemans, gepaart mit Kirchenkampfpaparen aus dem 19. Jahrhundert einiger sozialdemokratischer Parteigranden, lassen für die Kirche nichts Gutes hoffen.

Kardinal Vlk suchte jedenfalls bald nach dem Bekanntwerden der Vereinbarung zwischen Zeman und Klaus beide Parteichefs zu einem Gespräch auf und warb in einem Brief an Zeman um Verständnis für die Anliegen der Kirchen. Darin äußerte er die Hoffnung, „daß viele der bisher ungelösten Probleme, die in schmerzhafter Weise das Leben der Kirche betreffen, gerecht gelöst werden können“. Noch vor den Wahlen hatte die Bischofskonferenz bei der Interimsregierung die Schaffung einer gemeinsamen *Kirche-Staat-Kommission* urgiert. Johannes Paul II. hatte bei seiner Tschechien-Visite im Vorjahr diese Kommission angeregt. Sie soll Verträge zwischen dem Vatikan und Tschechien über kirchliches Schul- und Erziehungswesen, Kranken- und Sozialwesen sowie Kirchenfinanzierung ausarbeiten.

Hoffnung setzt die katholische Kirche in dieser Frage auf Brüssel. In einem Brief an EU-Kommissions-Präsident *Jacques Santer* und bei einem Besuch in Brüssel im Mai beklagte Kardinal Vlk mangelnde Fortschritte im Verhältnis zwischen Staat und Kirche. Die Kirche überlegt auch eine Klage beim Europäischen Gerichtshof in Straßburg, sollte die Regierung weiterhin die Rückgabe beschlagnahmten Eigentums verweigern.

Die Kirche in Böhmen und Mähren weiß, daß ihr der Streit um ihr Eigentum in der Öffentlichkeit oft mehr schadet als nützt. Im November des Vorjahres schloß die Kirche das 1987 von Kardinal *František Tomášek* ausgerufenen „Jahrzehnt der geistlichen Erneuerung“ ab. Dabei stellten die Bischöfe selbstkritisch fest, man habe die Chancen dieses Jahrzehnts nur zum Teil genutzt. Die Glaubwürdigkeit der Kirche sei in den Augen der Öffentlichkeit heute geringer als zu Beginn des Projekts. „Wir bedauern alles, womit die Kirche selbst zu diesem Zustand beigetragen hat, und möchten uns bei allen entschuldigen, die vor zehn Jahren in die Kirche eine große Hoffnung gesetzt haben und sich jetzt enttäuscht fühlen“, so die Bischöfe.

Dabei zeigt die Kirche durchaus auch positives Profil, etwa in sozialen und karitativen Projekten. Als beispielhaft gilt das entschiedene Engagement für die *Roma-Minderheit*. In zwei Hirtenworten haben die Bischöfe zu Achtung, Integration der rund 300 000 Roma in ihrem Land aufgerufen und die zahlreichen Formen der Diskriminierung verurteilt. Seit 1989 sind bei Gewaltakten gegen die Minderheit an die 30 Roma ums Leben gekommen. Die Anti-Roma-Stimmung im Land geht so weit, daß sich bei einer Umfrage 60 Prozent dafür aussprachen, der Staat möge ausreisewilligen Roma „behilflich sein“.

Sowohl die katholische Bischofskonferenz als auch der Ökumenische Rat der Kirchen haben eine eigene Roma-Kommission eingerichtet, die sich mit Projekten zur Integration der Minderheit befassen und Modelle für eine Roma-Seelsorge entwickeln. Die Kirchen können bereits auf einige erfolgreiche Modelle verweisen, etwa die „Premysl Pitter“-Grundschule in Ostrau, die sich der Bildung und Erziehung von Roma-Kindern widmet.

Dennoch: Das gesellschaftliche Engagement beeinflusst nur wenig die dezidiert *kirchenfeindliche Stimmung*, die in beinahe allen Medien und bei vielen Politikern vorherrscht. Diese Tatsache ist nur historisch zu erklären. Die einst in Böhmen und Mähren so mächtige Kirche steht seit der hussitischen Revolution in einem Rückzugsgefecht. Der große Einbruch kam dabei mit dem aufkeimenden Nationalismus im 19. Jahrhundert. Wie in kaum einem anderen Land wurde der katholischen Kirche ihr antireformatorischer, antirevolutionärer und antiliberaler Impetus derart als antinationale Haltung angerechnet.

Mit dem Ersten Weltkrieg, dem Ende des habsburgischen Reiches und der Ersten Tschechoslowakischen Republik gewann diese antikatholische Haltung noch stärker ihre politische Form. Unter den nichtkatholischen Kirchen entwickelte sich in den zwanziger Jahren ein wahrer Wettlauf darum, wer die „wahre“ Nationalkirche sei – die Hussiten, die Reformierten oder die Evangelische Brüderkirche. Obwohl diese Kirchen zahlenmäßig weiter in der Minderheit waren, hatten sie die Unterstützung der einflußreichen politischen und gesellschaftlichen Kräfte. Selbst die orthodoxe Kirche versuchte, in diesem Wettstreit mitzumischen. Sie versucht auch jetzt wieder ihre Position zu stärken, wie der Besuch des Ökumenischen Patriarchen Bartholomaios I. im Juni bei den rund 40 000 in Böhmen und Mähren lebenden orthodoxen Christen deutlich machte.

Die Atheisierung unter der kommunistischen Herrschaft brachte die christlichen Kirchen insgesamt in eine *Minderheitenposition*, besonders nach dem Wegfall der Slowakei. Bei einer jüngsten Umfrage bezeichneten sich ein Drittel der Tschechen als gläubig. Die katholische Kirche ist unter den christlichen Kirchen des Landes zwar mit zwanzig Prozent mit Abstand die größte, aber eben eine Minderheit. In dieser Situation rückten die christlichen Kirchen deutlich zusammen; die Ökumene kam in den vergangenen Jahren – trotz mancher Irritationen, wie der Seligsprechung des Gegenre-

formators Jan Sarkander durch den Papst – gut voran. Die Kirchen untereinander haben begonnen, alte Schemata zu überwinden. Beleg dafür ist auch die ökumenisch angelegte Militärseelsorge.

Unter der Oberfläche und vor allem im Blick der Politik und großer Teile der Gesellschaft leben aber die alten Sichtweisen weiter, erläutert der Wiener Historiker, Publizist und Tschechien-Kenner *Wolfgang Bahr*. Er verweist dabei auf Aussagen von Václav Klaus, daß er das Wirken der Kirchen und der Christen schätze, aber eher in der Form der hussitischen Tradition. Auch Premier Zeman und Kulturminister Dostal stünden dieser Richtung näher, so Bahr. Erst auf diesem Hintergrund wird das jahrelange Tauziehen um ein neues Kirche-Staat-Verhältnis einigermaßen verständlich. Für zwiespältig hält Bahr in dieser Lage daher die von Kardinal Vlk und anderen katholischen Würdenträgern Tschechiens gerne vorgetragenen Beschwörungen eines christlichen Europa und damit – rückschließend – eines christlichen Tschechien, verbunden mit ebenso oft beschworenen Feindbildern eines Liberalismus und Konsumismus sowie eines geistlichen und ethischen Verfalls. Der renommierte Prager Theologe und Psychologe *Tomáš Halík* sieht darin eine falsche Abwehrhaltung gegenüber Politik und Gesellschaft und eine damit verbundene „Agoraphobie“ – die Angst, auf dem Tummelplatz der pluralen Gesellschaften aufzutreten und seinen Platz zu behaupten.

Der Kirche machen innere Spannungen zu schaffen

Weiter argumentiert die katholische Kirche Tschechiens gerne mit dem Argument, ihr Land sei nun eine Demokratie nach westlichem Muster, und die Kirche solle daher dieselbe Rolle wie dort haben. Dabei wird unterstellt, daß die Stellung der Kirchen in den einzelnen westeuropäischen Ländern annähernd dieselbe sei. Der Blick auf Frankreich zeigt das Gegenteil, gerade was die Frage kirchlichen Eigentums betrifft. Nach Einschätzung Bahrs schwebt der katholischen Kirchenführung Tschechiens in Wahrheit das deutsche Modell vor Augen, trotz der Tatsache, daß die christlichen Kirchen in der Bundesrepublik – im Gegensatz zu Tschechien – eine Mehrheit darstellen.

Doch Bewußtsein beziehungsweise Rhetorik und Realität klaffen bei den Tschechen oft stark auseinander, meinen Kenner der Mentalität. Zu gerne wird an Ideen festgehalten, auch wenn man weiß, daß die Praxis völlig anders läuft. Als Beispiel mag einmal mehr Václav Klaus herhalten, der in Wahlkampfreden von absoluten Mehrheiten schwärmte – wohl wissend, daß schon in der Monarchie und in der Ersten Republik die Gesellschaft und damit die Parteienlandschaft im Land stark zersplittert war und es nach wie vor ist. Auf diesem Hintergrund relativieren sich auch die Pläne um die Einführung eines Mehrheitswahlrechts – eine politische Zwei-Blöcke-Landschaft findet schlicht kein Gegenbild in der vielfährigen geistigen und gesellschaftlichen Landschaft.

Katholische Beschwörungsformeln von einer christlichen Gesellschaft täuschen auch über *Spaltungen innerhalb der eigenen Kirche* hinweg. Aufklärerisch beziehungsweise national gesinnte innerkirchliche Reformkräfte suchten immer wieder, die katholische Kirche aus der Ecke, in die sie gedrängt worden war, herauszuführen. Selbst in der kommunistischen Zeit standen sich „tschechisch-katholische“ und „römisch-katholische“ Lager gegenüber, vereinfacht gesprochen in der Form der vom Regime angeordneten „Friedenspriester“-Bewegung und einer „papsttreuen“ und theologisch am Zweiten Vatikanischen Konzil orientierten Untergrundkirche (auch wenn die Übergänge zwischen zwischen den einzelnen Gruppen oft fließend waren).

Selbst Bischöfe wie *Duka* (Königgrätz) und *Radkovský* (Pilsen) geben zu, daß diese Spaltungen – wenn auch in anderer Konstellation – bis heute fortbestehen. Der Theologe Halík – er lehrt an der Prager Universität Psychotherapie, leitet die Katholische Studentenseelsorge und ist Direktor der Christlichen Akademie Prag – beschrieb die religiöse Landschaft einmal anhand seiner Erfahrung in einer Diskussion mit Studenten: „Mein Beitrag, im Geiste des nachkonziliaren Katholizismus gehalten, der stets unterbewußt mit dem neuzeitlichen Humanismus als Dialoghauptpartner rechnet, hatte einen ziemlich leeren Ausklang. Der vorausgesetzte Partner hatte sich nicht eingefunden, ich stand auf einer typisch postmodernen Szene drei Nachfolgern der verstorbenen Moderne gegenüber: dem Fundamentalismus, einem Versuch zur Rückkehr in die Prämoderne; der ‚Transmoderne‘ – einem religiösen Synkretismus und einer Neognosis im Stil von ‚New Age‘; und schließlich der dekonstruktiven ‚Supermoderne‘, dem skeptischen Agnostizismus, der bis zum Ver-

zicht auf die Möglichkeit jeglicher verbindlichen Einsicht der Wahrheit und zum moralischen Relativismus führt.“

Unter „religiösen Menschen“, sei es im Milieu der Kirchen oder dem der Sekten, müsse man hauptsächlich dem Fundamentalismus standhalten, der aus der Unfähigkeit herauswächst, die Kompliziertheit der neuen Gesellschaft zu ertragen, so der Theologe, dem es gelungen ist, mit seinen Reflexionen über die Spiritualität in der postmodernen Welt viele tschechische Leser zu faszinieren: Eine Biographie über den heute 50jährigen Priester, der aus der Untergrundkirche kommt, rangierte im Frühjahr viele Wochen auf Platz drei der tschechischen Bestsellerliste.

Mit dem Stichwort Untergrundkirche ist eine weitere Wunde genannt, die in der katholischen Kirche Böhmens und Mährens bis heute nicht verheilt ist. Die Kirchenführung betrachtet das Problem der verheirateten Untergrundbischöfe und -priester damit als gelöst, daß im Vorjahr 18 verheiratete ehemalige Geheimpriester „sub conditione“ zu Priestern der griechisch-katholischen Kirche geweiht wurden. Mehrere noch lebende Betroffene, die sich nicht in den byzantinischen Ritus „abschieben“ lassen wollten, sehen die Sache naturgemäß anders.

Dem Vernehmen nach soll die Tschechische Bischofskonferenz in Kürze noch einen abschließenden kirchenrechtlichen Schlußstrich unter dieses bemerkenswerte Kapitel der Kirchengeschichte ziehen. Auf der Strecke bliebe damit – auch unter dem Druck Roms – ein offener, nicht an formaljuristischen und kirchenpolitisch konservativen Vorgaben orientierter Versuch, die spirituellen „Schätze“ und Erfahrungen der Untergrundkirche in vollem Ausmaß für das heutige kirchliche Leben fruchtbar zu machen. *Josef Pumberger*

Ein Ende der Gewalt?

Friedenshoffnungen nach dem Amtsantritt des neuen Präsidenten Kolumbiens

Bei seinem Amtsantritt Anfang August räumte der neugewählte Präsident Kolumbiens Friedensverhandlungen mit der Guerilla oberste Priorität ein. Der folgende Beitrag beschreibt die desaströse Menschenrechtslage im Land und untersucht Chancen und Hindernisse für den Friedensdialog. Der Kirche kommt dabei eine entscheidende Vermittlungsfunktion zu. Das haben nicht zuletzt die beiden Friedensgespräche gezeigt, die auf die Initiative der Deutschen Bischofskonferenz hin in Mainz stattfanden.

Als am 7. August 1998 der neugewählte Präsident Kolumbiens sein Amt antrat, glich dies dem Kinderspiel „Mary go around“ oder „Reise nach Jerusalem“. In der Politik Kolumbiens beschränken sich die Hauptakteure auf etwa zwei Dutzend Menschen. In jeder neuen Legislaturperiode bekleiden sie ein neues Amt, ganz von der Bildfläche verschwinden sie nie. So sind auch der neue Präsident *Andres Pastrana* und seine Minister keine Unbekannten. Pastrana

hatte sich schon 1994 um das Präsidentenamt beworben. Er ist vierundvierzig Jahre alt und Sohn des früheren kolumbianischen Präsidenten *Misael Pastrana*, der von 1970 bis 1974 regierte. Sein Urgroßvater war Minister einer liberalen Regierung.

Andres Pastrana arbeitete nach dem Studium der Rechtswissenschaft in Bogotá und Harvard als Fernsehmoderator. Erste politische Aufgaben übernahm er als Stadtrat und als